



Merkels Wahlkampfte wird Managergehälter nicht begrenzen

Merkels Wahlkampfte wird Managergehälter nicht begrenzen
"Die Begrenzung von Managergehältern, Boni und Abfindungen darf man weder den Aktionären überlassen noch einer Regierung, die den Reichtums- und Armutsbericht fälscht", erklärt Sahra Wagenknecht zur Ankündigung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die Rechte der Aktionäre bei der Begrenzung von Managergehältern stärken und die Frage auf europäischer Ebene regeln zu wollen. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter: "Völlig überzogene Managergehälter untergraben das Leistungsprinzip. Die große Bedeutung von Boni wie Aktienoptionen in börsennotierten Unternehmen zeigt: Die Aktionäre werden das nicht besser regeln als die Aufsichtsräte, in denen immerhin noch Arbeitnehmervertreter sitzen. Das ist daher ein typischer 'Verstehen Sie Spaß'-Gag von Merkel: Wenn es in der Küche heiß wird, gibt es eine Wahlkampfte und anschließend wird das in Europa totgequatscht. Wir brauchen in Deutschland eine gesetzliche Begrenzung von Managergehältern auf das Zwanzigfache der untersten Lohngruppen des jeweiligen Unternehmens, wie es der Präsident des Weltwirtschaftsforums in Davos fordert. Dies wird auch von einer Mehrheit der Bundesbürger befürwortet. Boni und übermäßige Abfindungen gehören generell verboten."
F.d.R. Christian Posselt
Pressesprecher
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1,
11011 Berlin
Telefon +4930/227-52800
Telefax +4930/227-56801
pressesprecher@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de

Pressekontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

Firmenkontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die Linkspartei-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 54 Abgeordneten zusammen. Sie trägt den Namen ?DIE LINKE..